

Zeitschrift: Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens
Herausgeber: [s.n.]
Band: 38 (1996)

Artikel: Bei offenem Fenster
Autor: Cadruvi, Donat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-550694>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bei offenem Fenster

Betrachtungen von Donat Cadruvi

Aussenansicht auf die rätoromanische Sprache

Mir scheint, jede alte und neue Zeitung und Zeitschrift namentlich der deutschen Schweiz lasse es sich zur besonderen Ehre gereichen, mehr oder weniger regelmässig Beiträge zur Lage der rätoromanischen Sprache zu veröffentlichen. Es ist an sich zwar durchaus erfreulich, wenn sich auch die übrigen Landesteile mit dem Schicksal der kleinsten, zweifellos gefährdeten Sprachgemeinschaft befassen. Wir – die Rätoromanen – sind auf Verständnis und Solidarität auch in kultureller Hinsicht in hohem Masse angewiesen. Allein, es kommt auch hier immer darauf an, wie und mit welchen Absichten diese Publizität in Szene gesetzt wird.

Es sind nicht immer glasklare Fakten (oder «Facts»!), die aufgereiht und munter interpretiert werden. Oft, zu oft, schreiten vielmehr die Schlagworte mit oberflächlich recherchierten «Geschichten» um vermeintliche Konflikte und persönliche Animositäten unter einigen mehr oder weniger «prominenten» Leuten um romanisch Bünden in dicken Balken und wirren Prophetengesängen voran. «Lasst es in Schönheit sterben!» (Facts 24/1995) Zum Beispiel. Oder in ähnlichem Sinne: «Das Romanische liegt auf der Intensivstation». Etwa die Greuelgeschichten aus Anlass der letzten Scuntrada im Schams («Weltwoche» Nr. 43 vom 27.10.1994). Die Keulen der Phantasie und der miesen Tendenzen, auch die Freude an kühnen Formu-

lierungen. Die nicht zu verleugnenden Schwierigkeiten werden in die Drehbank eines unbeherrschten Hurra-Journalismus gespannt, bis jemand vernehmbar aufschreit oder bis sich andere verwundert und unwissend fragen, ob das, was hier erzählt wird, in der Tat auch stimmen könne. So wachsen die Geschichten, so wuchern die Gerüchte und so entstehen die Missverständnisse in- und ausserhalb der Grenzen. Auf diesen Wegen, die besonders von Zürich und Umgebung aus beschritten werden, kann für die Sache selber natürlich gar nichts gewonnen werden. Nichts an Aufklärung, nichts an zuverlässiger Information, nichts an Verständnis für eine prekäre Situation. Es sei denn, die vertrackte Darstellung von Nebensächlichkeiten und unwichtigen Episoden werde bereits als Beitrag zur Information der Lesergemeinde verstanden. Um Sachverstand geht es aber auch in diesen Dingen kaum. An blossen Flausen und sauren Sprüchen kann niemand ein Interesse haben. Die Information hätte besseren Zielen zu dienen. Auch in der Sache der Rätoromanen.

Die Entwicklung und die Zustände der Existenzprobleme der romanischen Sprache sind an sich bekanntlich schon sehr umständlich und nicht so ohne weiteres zu begreifen. Zu verstehen sind sie nur dann, wenn der Gang der Geschichte (bis hierher) gründlich untersucht wird, wenn überdies auch die

Einflüsse von aussen, die sich verändern können, berücksichtigt werden und wenn nicht zuletzt auch die Einstellung der Betroffenen selber gewürdigt wird. Dieser dritte Sektor ist besonders heikel, aber auch von relevanter Bedeutung. Ihm wird mit der blossen Erzählung von wahren und unwahren Geschichten, mit der Verwechslung von Personen und Gemeinden, mit persönlich gefärbten Polemiken, mit der willkürlichen Zerlegung einer Gemeinschaft in «Progressive» und «Konservative» (nicht nur auf diesem Gebiet eine Mode von ärgstem Übel) und mit der Verunglimpfung missliebiger Personen und Ansichten nicht Genüge getan.

Die hier zu rügenden Praktiken haben natürlich immer auch mit der Frage zu tun, wie und wo welche Informationen vor Ort beschafft werden. In dieser Hinsicht fällt auf, dass die meisten «Unterlagen» für flüchtig geschriebene Artikel stets aus den nämlichen Quellen, immer von den gleichen Institutionen und Privaten stammen. Damit sind einige Mängel zu verstehen, wenn auch nicht zu billigen. Wer etwa das Unglück hat, einem «progressiven» Projekt zu entgegnen, und wer überdies noch die Unvorsichtigkeit begeht, sein Urteil irgendwann öffentlich abzugeben, wird stracks zum «Saboteur» disqualifiziert. Wenn der Sünder auch noch erfahren möchte, was damit gemeint sei, greift die immerhin renommiert sein wollende Zeitung zum Duden, um sich mit falschen Zitaten und Definitionen zu retten! Die Verunglimpfung war und blieb indessen veröffentlicht.

Es geht nicht um Zufälligkeiten, sondern um ein bewusst angelegtes und ausdauernd gepflegtes System. Es lohnt sich anscheinend und je länger je mehr, das Thema salopp zu bearbeiten, gleichgültig, ob kritisch, ernsthaft und erschöpfend – oder nicht. Was tut der Zeitungsmann nicht alles mit dem so schwer getrübbten Blick auf die Auflageziffern seines Blattes!

Noch eines: Minderheitenprobleme sind auch in einem politischen Sinne immer sehr anziehend. Sie

berühren die Leidenschaften, die Gefühle für Gerechtigkeit und für die Freiheiten. Also los im Galopp! Gerade der unbekümmerte Ansturm auf schwierig gewordene minoritäre Positionen scheint oft und gerne der Gefahr der Verblendung zu erliegen. Die Fakten bleiben auf der Strecke, die Glaubwürdigkeit der Informationen aber auch. Und die objektive Wahrheit, die der Leser erfahren möchte? Nur ihretwegen sei hier ein kritisches Wort nach aussen gebracht.

«Brent Spar» – und was dann? – mehr als nur Greenpeace contra Shell

Das soll keine theoretische Betrachtung sein, sondern eine Schlussfolgerung aus einem konkreten Ereignis unserer Tage:

Im Juni 1995 wollte Shell eine ausgediente Hochseeplattform «Brent Spar» nördlich von Schottland im Meer versenken. An Bord befanden sich Schwermetalle, Öl und andere Schadstoffe in nicht genau ermittelten Mengen. Die von Greenpeace-Umweltaktivisten geplante und eingeleitete Kampagne gegen das Shell-Vorhaben hatte Erfolg, wobei der ökologische Nutzen dieser Aktion offenbar umstritten ist, möglicherweise sogar innerhalb von Greenpeace.

Nun hatte Greenpeace in dieser Sache nicht nur ihre eigenen Mittel, sondern auch waghalsige und nicht alltägliche Entschlüsse einiger ihrer Leute einzusetzen. Vor allem in Deutschland wurde eine handfeste Protestreaktion von Shell-Kunden ausgelöst. Zudem konnte sich der Grosskonzern auf die Unterstützung durch mehrere Regierungen berufen. Der britische Historiker Eric Hobsbawm fragt sich angesichts dieser Konstellation mit Fug, «ob Shell so leicht umgekippt wäre, wenn Kohl und etliche

europäische Regierungen und die Union sich nicht so offen auf die andere Seite gestellt hätten» (FAZ Nr. 144 vom 24. Juni 1995).

Der Ablauf der Aktion ist in verschiedener Hinsicht aufschlussreich und signifikant. Vorerst wird zu folgern sein, dass die Wirtschaft, welche die Umwelt und die natürlichen Ressourcen massiv in Anspruch nimmt, die Belange der Ökologie a priori einplanen muss, will sie nicht mitten in ihren Tätigkeiten blaue Wunder erleben. Es handelt sich nicht um eine blosser Forderung aus Mode und Zeitgeist, sondern um eine glatte Notwendigkeit. Der zitierte englische Historiker bezeichnet das Problem der Ökologie (neben jenem der sozialen Gerechtigkeit) als eines der Hauptprobleme der Welt und unserer Zeit. Womit er freilich nicht eine neue Erkenntnis an den Tag bringt. Das Problem bestehe – so erklärt Hobsbawm – darin, «dass ein unbegrenztes und unkontrolliertes wirtschaftliches Wachstum die Welt am Ende unbewohnbar machen wird». Für die Richtigkeit dieser Einsicht spricht bekanntlich vieles. Die Sache mit «Brent Spar» hat bisherige Erfahrungen – wenn auch dramatisch – bestätigt.

Da nun aber damit zu rechnen ist, dass diese Probleme genau so rasch und gründlich wieder vergessen oder wenigstens vernachlässigt werden, wie sie durch ein ungeheures Medienfieber der ganzen Welt vor Augen geführt wurden, stellt sich sofort die Frage nach der Rolle der Politik, genauer gesagt: der Zusammenarbeit der Staaten zwecks globaler Lösung derartiger Fragen, die auch nicht bloss einzelne Staaten berühren. Mit Weltkongressen und Entschliessungen zum Schutze der Umwelt hat die Menschheit auch in den letzten Jahren nicht die besten Erfahrungen gemacht. Zu oft blieb es an sog. Gipfeltreffen bei dürren Proklamationen ohne konkrete Vollzugs-massnahmen. So unbekümmert und unverbindlich darf es nicht immer weitergehen, auch wenn nicht zu übersehen ist, dass bei weitem nicht alle Völker und Regierungen für diese Dinge in gleicher Weise sensibilisiert sind.

Bekanntlich sind «die Politiker», wer auch immer damit gemeint sein kann, schliesslich die Sündenböcke, so, als hätten sie für jegliches und alles eine Vollmacht und eine ausreichende sachliche Kompetenz. Allein, im Falle von Shells «Brent Spar» steht deutlich genug fest, dass es auch darauf ankommt, ob und wie sich die Regierungen verhalten, auch wenn ihnen bei gleicher Gelegenheit in der internationalen Presse wiederholt ein verhängnisvoller Machtverlust vorgehalten wird.

Schliesslich wäre aus unserer Sicht auch zu fragen, was die Schweiz in diesen Zusammenhängen praktisch und beispielhaft tun könnte. Es ist oft genug bedauert worden, unser Beitrag an internationale Massnahmen könne ohnehin nur ein sehr geringer sein. Ich bin allerdings der Auffassung, dass auch Kleinstaaten durchaus eine initiative Politik betreiben können, etwa in den Bereichen der

Friedenssicherung, der Katastrophenhilfe und des Schutzes der Umwelt. In diesen Sektoren geht es immer um die Wahrnehmung öffentlicher Interessen der Völkergemeinschaft insgesamt. Das sind keine blossen Illusionen. Fortschritte sind freilich nur dann zu erzielen, wenn eigentliche Bewegungen ernsthafter Natur ausgelöst werden und wenn einzelne Staaten und Regierungen die Kraft und die Überzeugung aufbringen, die erforderlich sind, Hindernisse zu überwinden und Gleichgesinnte mitzureissen. Voraussetzung ist immer auch die Einsicht in eine aktive internationale Solidarität, die

gegenwärtig vor allem in der Bundesrepublik zu einem umstrittenen Thema geworden ist, namentlich innerhalb der «ihrer ganzen historischen Entwicklung nach internationalistischen» SPD (so der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Nigge-
meier in «die Welt» vom 26. Juni 1995).

Im Licht derartiger Erwägungen könnten und müssten aus der Affäre «Brent Spar» sehr nützliche und sehr notwendige Schlüsse gezogen werden, vorausgesetzt, es bleibe nicht schon wieder beim blossen Palaver und beim Medienrummel für den Augenblick.

«Röstigraben» – Fabel oder politische Wirklichkeit?

Knebeln die Deutschschweizer eine Minderheit?

Die Vokabel ist nicht neu. Sie lebt aber immer wieder auf und hält sich hartnäckig bis hin zu Divergenzen im sportlichen Bereich. Der Berner, der die Lausanner Fussballer betreut, klagt, er werde wegen des «Röstigrabens» nicht akzeptiert!

Neueren Datums ist – nach der aufwühlenden EWR-Auseinandersetzung – der Einsatz dieser Formel im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 25. Juni 1995 über eine Lockerung der sog. Lex Friedrich. Einen politischen Aspekt hat dieser Sprachgebrauch aber auch deshalb, weil mit dem «Röstigraben» sehr oft auch die Vorstellung von der «Öffnung» der Schweiz nach aussen verbunden wird. Das ist in der Tat ein Kapitel unserer neuesten Geschichte, in welchem markante Unterschiede zwischen der Westschweiz und den übrigen Landesteilen zu verzeichnen sind. Und diesen Aspekten wird dann etwas zugespitzt die Frage nach der Solidarität der Deutschschweiz (als Mehrheit) gegenüber dem Welschland (als Minderheit) hinzugefügt. So ist auch

die NZZ-Frage (in Nr. 146 vom 27. Juni 1995) zu verstehen: «Wie wenig Solidarität ist noch tragbar?»

Als Angehöriger der kleinsten Sprachregion unseres Landes kann ich mich der Auffassung, die Mehrheit sei nicht bereit, auf die Anliegen der Minderheit einzugehen, auch bei diesem Anlass nicht anschliessen. Mir fehlt der Glaube, es handle sich um eine «Machtdemonstration» einer Mehrheit, bewusst und immer wieder inszeniert als eine unfreundliche Haltung gegenüber anderen Volksgruppen. Mir fehlt aber auch eine entsprechende Erfahrung. Wer kennt einen Deutschschweizer, der eine Bundesvorlage ablehnen würde, nur um die Westschweizer zu ärgern? Eine beinahe unvorstellbare Konstruktion.

Die Gründe, die zu differenzierten Haltungen führen können, sind m. E. ganz anderer Natur. Es handelt sich freilich um Gründe, die man nicht einfach mit der Durchführung einer Parlamentssession in Genf aus der Welt schaffen kann; das wäre wohl zu billig. Es genügt andererseits aber auch nicht der

Hinweis auf die Ansicht, es sei hier von Journalisten eine Differenz willkürlich herbeigeschrieben worden. Und von einer Fremdenfeindlichkeit, die in der deutschen Schweiz von Grund auf grösser wäre als in den übrigen Landesteilen, sollte auch nicht leichtfertig die Rede sein.

Eine unterschiedliche Mentalität im Verhältnis Bürger-Staat, eine andersgeartete Beziehung zum benachbarten Ausland (von dem Informationen bezogen werden und mit dem kulturelle Gemeinsamkeiten bestehen), unterschiedliche Situationen etwa wirtschaftlicher Art, das wären Fakten, die man darstellen und auch erklären müsste, und zwar nicht nachträglich. Sie vermögen allesamt die Auffassung nicht zu begründen, es fehle den Deutschschweizern am guten Willen, die Anliegen und die Sorgen anderer Miteidgenossen zu begreifen und politisch zu würdigen. Ich habe den Eindruck, dass auch die Zustimmung oder die Ablehnung von Vorlagen – z. B. in Integrationsfragen – in der deutschen Schweiz ungleich kontroverser erörtert werden als in der Westschweiz. Dies führt unweigerlich zu einer anderen Informations- und Diskussionsdichte als in Genf und Lausanne. Den Medien, welche die Bewohner der Deutschschweiz erreichen, vor allem dem Fernsehen, kann nicht sehr wohl vorgeworfen werden, sie hätten sich gegen die Idee einer grösseren «Öffnung» gewandt und damit die Postulate der Westschweizer bewusst bekämpft! Im übrigen scheint mir die Abstimmung zur Revision der Lex Friedrich auch nicht unbedingt ein Modellfall zu sein, an dem derartige Probleme beschrieben werden könnten.

Eines darf immerhin vorausgesetzt werden: Die umständlich zusammengesetzte Schweiz muss tatsächlich Differenzen dieser Art und dieser Bedeutung ertragen

können. Sie muss aber durch ihre Mittel der glaubwürdigen Information, der ernsthaften Debatte und der konkreten Auseinandersetzung mit den wesentlichen Problemen des Landes dafür sorgen, dass der Bürger – nochmals sei es gesagt: rechtzeitig! – erfährt, um was es im einzelnen geht. Wie soll der Thurgauer, wie soll die Glarnerin wissen, dass und weshalb die Westschweizer in der Frage der Lex Friedrich vielfach eine andere Meinung vertreten als die Frauen und Männer in den anderen Landesteilen? Es ist also schon wieder – wie in vielen

anderen Bereichen unserer Gesellschaft, übrigens auch in den Fragen um die kulturelle Eigenart und um die Sprache – eine Frage der Information der Öffentlichkeit, auch zu verstehen als Aufgabe der geistig führenden Kreise, der Schulen und der Politik. Wie schon in anderem Zusammenhang angemerkt wurde: Jemand muss auch eine Grundwelle der Solidarität durch aktives Tun auslösen (wollen). Dies darf man – was ich hier bei allen meinen Sympathien für die lateinische Schweiz festhalten möchte – übrigens auch von den Minderheiten erwarten!

realisierbares Reformprojekt auf ein brauchbares Ergebnis hin entwickelt werden.

Bemerkenswert ist die Absicht des Bundesrates, in einem «offenen Prozess» dafür zu sorgen, dass die Öffentlichkeit so rasch und so gut wie möglich in den notwendigen Denk- und Diskussionsprozess einbezogen wird, vor allem dort, wo es sich um grundlegende Fragen politischer Art handelt. (Öffentlichkeit heisst natürlich nicht nur Hochschule und Partei, sondern – gerade im gegebenen Zusammenhang – Volk in einem ehrlichen und zupackenden Sinn.) Damit kann bei straffer Führung vermieden werden, dass aus lauter Freude am Reformieren Richtungen eingeschlagen werden, welchen der Souverän später nicht mehr zu folgen vermag. Mit blosser Nachführung der Verfassung ist es andererseits natürlich auch nicht getan. Im übrigen ist aber der unbekümmerten Reformlust auch entgegenzuhalten, dass eine Verfassung aus echten Bedürfnissen heraus wachsen muss, was bedeutet, dass bloss Konstruktionen in aller Regel nicht genügen und dem Stimmbürger auch nicht so erklärt werden können, dass sie mit breiter Zustimmung rechnen können. Das gilt selbstverständlich auch für das kantonale Verfassungsrecht. Derartige Reformarbeiten sollten freilich auch nicht bloss deswegen gemieden werden, weil sie schwierig sind. Gefragt sind in jedem Fall Mut, Klugheit und natürlich auch ein hinreichendes Mass an Sachverstand.

Offene Prozesse bei den Verfassungsarbeiten

Gute Kunde vom Sommer 1995: Die Revisionsarbeiten an der Bundesverfassung und an der Verfassung des Kantons Graubünden scheinen in konkreten Formen anzulaufen. Ende Mai 1995 legte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein erstes Reformpaket mit den Blöcken Volksrechte und Justiz vor, während aus dem Grauen Haus zu Chur die Absicht zu vernehmen war, einen Verfassungsrechtler auf Hochschulstufe zu beauftragen, seine Vorstellungen im Sinne eines Dispositivs für die Revision der Bündner Kantonsverfassung zunächst einmal vorzulegen.

Am Projekt Bundesverfassung haben Kommissionen schon vor Jahrzehnten gearbeitet, alles in allem freilich ohne Erfolg. Die Resultate der Arbeitsgruppe Wahlen (1967-1973) und der (grossen) Expertenkommission Furgler (1973-1977) erwiesen sich politisch als unrealistisch, weil zu ehrgeizig angelegt. So wurde zwar viel Papier und Geld verbraucht, in der Sache selber aber kaum Zählbares erarbeitet. Die Bundesversammlung wollte im Jahre 1987 wenigstens retten, was noch zu retten war (auch an Hoffnungen und Erwar-

tungen), indem sie zumindest eine Nachführung der geltenden Verfassung beschloss. Die Überprüfung einzelner Normengruppen wurde in anderem Zusammenhang an die Hand genommen, insbesondere aus dem Bereich der Regierungs- und der Parlamentsreform, auch das bereits ein Kapitel, bei dem «Bern» nicht so recht vorankommen wollte.

Aus diesen Erfahrungen ist zu lernen. Erstens müsste von jenen Kreisen, die von Zeit zu Zeit reichlich undifferenziert nach Reformen rufen, erwartet werden, dass sie ihre Postulate konkreter als bisher umschreiben – auf dass ihre wahren Absichten erkennbar werden! Verfassungsrevisionen sind nicht bloss politische Manöver oder akademische Seminarübungen, von denen niemand weiss, wo sie beginnen und wo sie enden sollen. Es stellt sich immer und unausweichlich die Grundsatzfrage: Wo und in welcher Hinsicht hat die Zeit unser Verfassungsrecht überholt; wo drängen sich Neuerungen im Interesse dieses Staates gebieterisch auf? Nur mit der verständlichen und berechenbaren Formulierung der Ausgangsfragen kann ein später – und innert nützlicher Frist –

Wenn es auf die Sprache ankommt

Vom Umgang mit dem Wort in Konfliktsituationen

Auf der Literaturbühne und in den Diskussionen um die «öffentlichen Dinge», was pauschal als «Politik» bezeichnet wird, lässt sich am besten nachprüfen, wie die Zeitgenossen, jene, die schreiben, und jene, die reden, mit der Sprache, mit dem Wort umgehen. Dieses Kapitel ist, – verglichen mit den Funktionen und den Wirksamkeiten des Wortes – für das zwischenmenschliche Verständnis von erheblicher Bedeutung.

In letzter Zeit war hierzulande mehrmals und überraschenderweise sogar von streitbaren Bundesstellen her davon die Rede, gewisse (ökologische) Probleme, welche unsere Behörden und die Bürger über Jahre hinweg entzweien, sollten in einem vertrauensvollen Dialog erörtert werden. Fürwahr eine weise Einsicht – und tatsächlich eine Überraschung! Gerade auf dem Gebiete des Umweltschutzes verhärten sich die Fronten oft bis zur schieren Verfeindung. Wenn es einmal soweit ist, dass Rechthaber gegen Rechthaber stehen, sind Lösungen, die immer das Ergebnis einer Verständigung sind, kaum mehr denkbar. Der Standpunkt verkommt zur Ideologie – und dann gilt, was Friedrich Dürrenmatt folgendermassen und sehr zutreffend definiert hat: «Eine Ideologie ist aus ihrer Natur heraus zu keinem Dialog fähig».

Auf der Seite einer kantonalen Exekutive hatte ich manchmal den

Eindruck, es werde Krieg geführt – mit scharfen Worten, mit ätzenden Formulierungen, in der Art rabiater Militanz. Es sei also vorerst ein Problem des Wort- und Sprachgebrauchs und sodann der redlichen Verhandlungsbereitschaft – mehr als ein Suchen nach vertretbaren Resultaten. Vorwürfe, Pauschalurteile bilden das Gerippe der Auseinandersetzung – Verzicht auf Respekt vor dem gegnerischen Argument. Wenn nun plötzlich auch aus der Ecke der Ideologen der Ruf nach mehr Dialog ertönt und wenn das eine ernsthafte Sache sein soll, dann darf tatsächlich von einem hilfreichen Fort-Schritt im Interesse der Problemlösung gesprochen werden.

«Verba ligant homines, taurorum cornua funes» (Die Worte binden die Menschen wie Seile die Hörner der Stiere) meint Luciano De Crescenzo in «Zio Cardellino». Das wird ein Hinweis auf die Verbindlichkeit des Wortes und der Sprache sein, gleichgültig, wo und zu welchem Zweck die Menschen von ihr Gebrauch machen.

Was mit dem ungezügelten, unbeherrschten, arroganten Wort angerichtet werden kann, könnte in unserer Zeit anhand vieler Beispiele belegt werden. Etwa mit einem Hinweis auf die an Zahl und Bitterkeit zunehmenden Kontroversen innerhalb der katholischen Kirche, bei denen von Liebe und Respekt nur mit Vorbehalt die Rede sein kann. Natürlich geht es da um sehr bedeutsame Dinge, die man nicht

singend und tanzend überspielen kann. Allein, gerade das Bedeutsame ist immer auf einen besonders klugen, zwar ehrlichen und offenen, aber auch ohne Diffamierung auskommenden Sprachgebrauch angewiesen. An der verbalen Bagarre sollten die Bemühungen um Problemlösungen nicht scheitern müssen.

Drittens: Die Sprache der Politik, der Parlamente. Bei uns herrscht in dieser Beziehung eine ganz aussergewöhnliche Zurückhaltung. Die Zeiten der kulturkämpferisch geprägten Feindseligkeiten sind vorbei – und auch ein gewisser Jean Ziegler verlegt seine Eskapaden nach aussen in die Verlagshäuser und in ausländische TV-Stationen, um sich dann allerdings vor Gericht auf die Immunität schweizerischer Abgeordneter zu berufen!

Beispiele, wie Frauen und Männer in den Parlamenten von der Gegenseite verunglimpft werden, und zwar gewissermassen aus Grundsatz und als Regel, können wir etwa aus dem deutschen Bundestag beziehen. Auch das ist freilich nur ein Beispiel dafür, wie konsequent, stur und hartnäckig die Absichten und die Leistungen jener Regierung und jener Politiker heruntergemacht werden, welche die Interessen eben des gleichen Landes tagtäglich auf der ganzen Welt wahrnehmen sollten. Wenn dies alles mit der Logik etwas zu tun hätte, wäre zu folgern: Versager im eigenen Land vertreten also dieses an allen Fronten! Das kann zwar politische Unterhaltung zuhanden der Medien und der staunenden, bald überdrüssigen Öffentlichkeit sein. Der beste Weg zur Klärung von Standpunkten kann es aber kaum sein.